Josef Schmid, Universität Tübingen

Stichwort "Gewerkschaft"

1) Definition und gesellschaftliche Bedeutung

Gewerkschaften sind formal organisierte Zusammenschlüsse von abhängig Beschäftigten mit dem Ziel, deren ökonomische und soziale Lage zu sichern und zu verbessern. Sie agieren auf der betrieblichen, der branchenspezifischen und der gesamtwirtschaftlichen Ebene sowie in Bezug auf das politische System. Zu den Instrumenten, die zur Durchsetzung der Interessen eingesetzt werden können, zählen vor allem der Streik, aber auch öffentlicher Druck, Informationspolitik (durch Stellungnahmen, Anhörungen, Expertisen), personelle Verflechtungen und Spenden.

Gewerkschaften sind im Gefolge der industriell-kapitalistischen Gesellschaft entstanden und bilden neben der Sozialdemokratie und den Arbeitersport- und Freizeitvereinen eine der Säulen der Arbeiterbewegung. Im Laufe ihrer Geschichte haben sie trotz einiger Anpassungsprobleme eine Reihe unterschiedlicher Herausforderungen und Wandlungsprozesse bewältigt (Politische Traditionen). Zugleich hat dies im internationalen Vergleich angesichts unterschiedlicher Rahmenbedingungen zu einer vielfältigen Gewerkschaftslandschaft geführt. Mit gegenwärtig über 10 Mio. Mitgliedern gehören sie zu den politischen Großorganisationen und sind elementarer Bestandteil des sog. Modell Deutschland.

2) Historische Entwicklung, Herauforderungen und Leistungen

Die über hundertjährige Geschichte der deutschen Gewerkschaften lässt sich in mehrere Phasen einteilen. Grundlegende politische Wasserscheiden bilden dabei die beiden Weltkriege. Im Kaiserreich wurde die Gründung und Betätigung der Gewerkschaften – stärker als in anderen westlichen Ländern – durch staatliche Maßnahmen behindert; sinnfälliger Ausdruck dieser "negativen Integration" waren die Sozialistengesetze unter Bismarck. Vor allem durch die Auswirkungen des 1. Weltkrieges begann eine starke Einbindung der Gewerkschaften in Politik und Ökonomie; Thesen von der ersten "post-liberalen Nation" oder dem "organisierten Kapitalismus" sind Reflex dieser Entwicklung. In der Weimarer Republik wurde dieser spezifisch deutsche Entwicklungspfad fortgesetzt und durch die Beteiligung am Aufbau des Wohlfahrtstaates stabilisiert. Im Nationalsozialismus wurden diese Kontinuitätslinien teilweise gewaltsam unterbrochen; der NS-Staat duldete keine freien Gewerkschaften. Zugleich bildete diese Erfahrung eine wichtige Gemeinsamkeit der Nachkriegsgewerkschafter und trug mit dazu bei, nach dem 2.Weltkrieg die alten Konfliktlinien zu überwinden.

Neben dem spontanen Gewerkschaftsaufbau von unten kam es nach 1945 zu Wiederbelebungen alter Strukturen durch ehemalige Funktionäre; zudem beeinflussten die Alliierten durch die Präferierung des Industriegewerkschaftsprinzips die Entwicklung. Im Oktober 1949 wurde der DGB als (bizonale) Einheitsgewerkschaft mit starken Einzelverbänden gegründet. Programmatisch dominierten anfänglich Vorstellungen einer umfassenden Reform von Gesellschaft und Wirtschaft, die allerdings nach dem stetigen Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft pragmatischeren Vorstellungen wichen. Die Gewerkschaften verließen zusehends die Position einer "Gegenmacht" zum CDU-Staat und wurden zum "Ordnungsfaktor" – wie Kritiker konstatierten. Zusehends konzentrierten sie sich auch auf die Tarif- und die Sozialpolitik. Mit der Großen Koalition und der späteren SPD-FDP-Regierung erweiterte sich ihr Aktions- und Forderungsradius wieder etwas; freilich trat die Reformpolitik angesichts der weltwirtschaftlichen Veränderungen in der Folge der Erdölkrise hinter die Krisenbewältigung zurück. Deren anfängliche Erfolge bildeten die Basis für das Modell Deutschland, das jedoch gegen Ende der 70er Jahre an Funktionsfähigkeit verlor. Angesichts der ökonomischen Krise und der sozialen und politischen Veränderungen (z.B. Auftreten der Ökologiebewegung) erfolgte eine stärkere Rückbesinnung auf die eigene Kraft, was durch den Regierungswechsel 1982 verstärkt wurde.

1989/90 wurden die Gewerkschaften wie die anderen politischen Akteure von der deutschen Einheit und ihren sozialen und ökonomischen Folgen überrascht. Nach dem kurzen Erfolg der Übernahme von über 4 Mio. FDGB-Mitgliedern in der ehemaligen DDR stellten sich erhebliche Erosionserscheinungen ein: Das Tarifgefüge wie auch die formale Organisation verfügen bis heute über keine solide Verankerung; trotz einiger Versuche, durch arbeitsmarkt- und industriepolitische Aktivitäten Profil zu entwickeln, leiden die Gewerkschaften in den Neuen Bundesländern unter erheblichen Attraktivitäts- und Funktionsproblemen. Hinzu kommen weitere Umbrüche, die durch Stichworte wie Pluralisierung und Individualisierung bzw. Postmoderne, durch die Integration Europas, die andauernde, massenhafte Arbeitslosigkeit und die Globalisierung angezeigt werden.

Insgesamt betrachtet können die deutschen Gewerkschaften – trotz einiger empfindlicher Niederlagen - auf eine bemerkenswerte "Erfolgsgeschichte" zurückschauen: Einkommensverbesserungen im Rahmen einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik, Verringerung der Arbeitszeit bis zur 35-Stunden-Woche, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeits- und Rationalisierungsschutz etc. Darüber hinaus haben sie zum Wachstum des Wohlfahrtsstaates und zur Ausweitung der Sozialen Sicherheit erheblich beigetragen.